



## Hitzige Debatten im Hessischen Landtag trotz herbstlicher Kälte.

Hi,

Ich bin Elisabeth Kula, bildungs- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion die LINKE. im Hessischen Landtag. Pünktlich zu Halloween, möchte ich euch über die letzte Plenarwoche und meine Arbeit seit der Sommerpause berichten. Ich wünsche euch viel Spaß beim lesen!

## Übersicht

01. Für ein kostenfreies Mittagessen für alle Schüler\*innen!
02. Neue Studie belegt: Unterrichtsausfälle sind Realität
03. Ein Blick in den Koalitionsvertrag von Schwarzgrün macht Einige ratlos...
04. Globaler Klimastreik in Wiesbaden
05. DGB empfiehlt: Mietpreisbremse auch für Wiesbaden!
06. Jugend stärken und Demokratie fördern!
07. Erstes Treffen mit dem Landeselternbeirat
08. Die Mitarbeiter\*innen der WJW endlich nach Tarif bezahlen!

## Neues aus dem Landtag:

Für ein kostenfreies Mittagessen für alle Schüler\*innen!



Im September habe ich einen Gesetzentwurf eingebracht, der sicherstellen soll, dass alle Schülerinnen und Schüler an hessischen ganztägig arbeitenden Schulen kostenfrei ein Mittagessen einnehmen können. Im Schuljahr 2018/2019 besuchen insgesamt 302.622 Kinder und Jugendliche Schulen mit unterschiedlichen Ganztagsangeboten in Hessen. Für diese Schülerinnen und Schüler müssen die Schulen schon jetzt ein Mittagessen, also auch die räumliche und organisatorische Infrastruktur, anbieten. Schon jetzt müssen Eltern aber nicht den vollen Preis eines Mittagessens zahlen, denn die Schulträger subventionieren ordentlich mit. Zum Schuljahresbeginn wurden bereits alle Kinder aus Bedarfsgemeinschaften durch das, durchaus kritisch zu beurteilende, Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung vom Eigenanteil beim Mittagessen befreit. Das Essensangebot an hessischen Schulen muss aber alle Kinder und Jugendliche gleichermaßen erreichen. Diejenigen, die in Bedarfsgemeinschaften leben und die Möglichkeit auf ein kostenfreies Mittagessen bekommen, werden in der jetzigen Regelung zu Bittstellern gemacht. Diese Praxis des Bildungs- und Teilhabepaketes stigmatisiert und errichtet unnötige bürokratische Hürden – und genau dies führte in der Vergangenheit dazu, dass nur rund 30% dieser Schülerinnen und Schüler das vom Bund bezuschusste, bald kostenfreie Mittagessen in Anspruch genommen haben. In Berlin hat die Rot-Rot-Grüne Landesregierung auch deswegen beschlossen, immerhin allen Grundschulkindern in ganztägig arbeitenden Schulen den Eigenanteil am Mittagessen zu erstatten.

Und Hessen? Hier müssen weiterhin Eltern für die Bildung ihrer Kinder blechen, dabei können wir froh über die verfassungsrechtlich verbrieftete Lehr- und Lernmittelfreiheit in Hessen sein. Der Hessische Kultusminister Lorz (CDU) meint, ein Mittagessen sei kein Lernmittel und dementsprechend von den Eltern zu leisten. Wissenschaftliche Studien zur Relevanz von Ernährung bei Kindern und Jugendlichen sprechen eine ganz andere Sprache. Wir verstehen ein kostenfreies Mittagessen an ganztägig arbeitenden Schulen vor allem deshalb

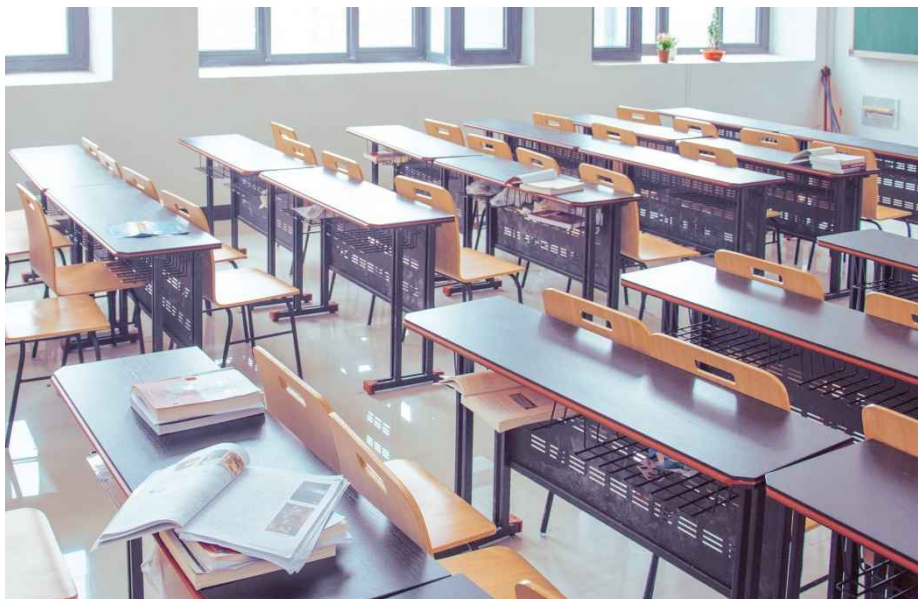
vornehmlich als bildungspolitische Maßnahme, da es einen erheblichen pädagogischen Nutzen aufweist. Bei Kindern und Jugendlichen ist eine ausgewogene, regelmäßige und gesunde Ernährung für die körperliche und geistige Entwicklung besonders wichtig. Die Schule ist mittlerweile ein Ort, an dem Kinder und Jugendliche den Großteil des Tages verbringen. Die treffen dort auch Freunde, nehmen Mahlzeiten zu sich oder treiben Sport.

Schule muss deswegen schon längst als Lebens- und nicht nur als Lernraum junger Menschen angesehen werden und entsprechend der Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte konzipiert werden. Unabdingbar dazu gehört ein ausgewogenes, gesundes und warmes Mittagessen. Nachgewiesenermaßen unterstützt eine hochwertige und unentgeltliche Verpflegung den Lernerfolg sowie die Konzentration und trägt zur Verringerung sozial bedingter Bildungsunterschiede bei.

Klar ist, aber auch, dass eine solche wegweisende bildungspolitische Maßnahme nicht zum Nulltarif zu haben sein wird und eine Schwerpunktsetzung der Landesregierung bedeuten würde. Insgesamt 350 Mio € jährlich würde ein kostenfreies Mittagessen das Land kosten. Doch statt eine ernsthafte Debatte über die Möglichkeiten seiner Finanzierung zu führen, wurde uns in der Landtagsdebatte dort wurde uns sogar Demokratiefeindlichkeit und Populismus vorgeworfen. Wenn das Anstoßen einer Debatte zu Bildungsgerechtigkeit Populismus ist, dann bin ich gerne Populistin - aber dann sind auch wohl Schweden und Finnland populistisch regiert, wo es ein solches Angebot bereits seit Jahrzehnten gibt. Anstatt sich inhaltlich dem Thema anzunehmen, wie es einer Landesregierung gut anstünde, werden hier gefährliche Abwehrmechanismen aufgeföhren, die in Zeiten des allgemeinen Rechtsruckes und rechtem Terror sich eigentlich verbieten. Eine solche Maßnahme wie wir sie hier fordern kommt der Mehrheit der Menschen in Hessen zu Gute und wäre ein Beitrag zu einer längst überfälligen Umverteilung zu Gunsten der Mehrheit der Menschen in Hessen.

---

## Neue Studie belegt: Unterrichtsausfälle sind Realität



Das erste, was Schüler\*innen beim Betreten des Schulgebäudes in der Regel

tun, ist den im Foyer ausgehängten Vertretungsplan zu betrachten. Nicht immer können Lehrkräfte ihren Lehraufträgen nachkommen – sei es, weil sie krank sind, einen anderen Klassenausflug betreuen müssen oder auf Weiterbildung sind. Auch kommt es vermehrt zu Überlastungsanzeigen von Lehrkräften, die mit der wachsenden Zahl der zu betreuenden Schüler\*innen und den steigenden Anforderungen an der pädagogischen Arbeit unter Druck geraten. Dies war lange Zeit kein größeres Problem, da sich diese Fälle in Grenzen hielten. Über die paar Male, in denen tatsächlich Unterrichtsausfall die Folge war, freuten sich die Schüler\*innen.

Wenn sich aber die Beschwerden der Schüler\*innen über Unterrichtsausfall mehren, kann etwas nicht stimmen. Schüler\*innenvertretungen bemerkten einen wachsenden Trend, dass ihren Schulen immer weniger Personal zur Verfügung stand, um die Leerstellen auszugleichen. Dies kann zu erheblichen Rückständen in der Erfüllung des Lehrplanes führen, was die Leistungschancen der betroffenen Schüler\*innen schwächt.

Bereits im April 2018 hat die Landesschülervertretung stichprobenartig den Unterrichtsausfall an hessischen Schulen errechnet und kam auf einen Unterrichtsausfall von ca. 16.500 Schulstunden. Die Reaktion des Kultusministeriums: Abwiegeln, verleugnen, schönreden und sich ahnungslos gebend. Der Landeselternbeirat erstellte darauf [eine aussagekräftige Studie](#) mit dem Ergebnis: Unterrichtsausfall an hessischen Schulen ist Alltag. Je nach Schulform fällt der Unterricht ersatzlos aus oder die Kinder und Jugendlichen werden fachfremd bzw. von fachfremden Lehrpersonal betreut. Ersatzunterricht im jeweiligen Fach durch entsprechende Fachkräfte findet in den meisten Fällen nicht statt. An dieser Studie nahmen 950 Teilnehmer aus Schulleitung, Elternbeirat und Schülervertretung aus ganz Hessen teil. Das Kultusministerium blieb bei ihrer Kopf-in-den-Sand-Taktik und verlautbarte selbstbewusst: „Es fällt in Hessen kein Unterricht aus, weil es zu wenig Lehrer gibt.“

Um aus dieser von der CDU zu verantwortenden Bildungsmisere herauszukommen braucht es schlicht und ergreifend mehr Lehrkräfte. Die Ausbildungskapazitäten an Universitäten und Studienseminaren müssen erhöht und vom Land entsprechend gegenfinanziert werden. Außerdem muss die Belastung von den Lehrkräften reduziert werden, um die Zahl der Überlastungsanzeigen effektiv zu senken. Dazu gehören kleinere Klassen ebenso wie eine Reduzierung des Unterrichtsdeputats – die Gesundheit unserer engagierten Lehrkräfte sollte uns dies wert sein!

---

## Ein Blick in den Koalitionsvertrag von Schwarzgrün macht Einige ratlos...



**... zum Beispiel die Schulpsycholog\*innen.**

So hat der Berufsverband Hessischer Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in einem Schreiben vom 10.04. bereits auf die entsprechenden Passagen des Koalitionsvertrages reagiert. Dort heißt es: Die Schulpsychologen und Schulpsychologinnen sollen noch wirksamer direkt an den Schulen unterstützen. Die bei den Staatlichen Schulämtern tätigen Schulpsychologinnen und Schulpsychologen werden in die Kollegien der Schulen integriert. Der fachliche Austausch innerhalb der Schulamtsbezirks bleibt gewährleistet. Schulaufsicht, Schulpsychologie und die pädagogische Unterstützung arbeiten unter enger Einbindung der Fachberater zusammen.

Die Integration der Schulpsycholog\*innen in die Kollegien soll ein Beitrag zur Einsetzung multiprofessioneller Teams an den Schulen darstellen. Diese multiprofessionellen Teams sind zwar dringend notwendig, um an den Schulen die Herausforderungen einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft zu bewältigen. Die konkrete Ausgestaltung solcher Teams sollte allerdings gut durchdacht und mit den Professionen diskutiert sein. In seinem Brief warnt der BHS vor der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Lösung für die Schulpsychologie. Er weist auf die zwingend notwendige Neutralität und Unabhängigkeit hin, schließlich nehmen auch Lehrkräfte die Angebote der Schulpsychologie in Anspruch, die aktuell an den Schulämtern angesiedelt ist. Kann die gebotene Unabhängigkeit auch noch garantiert werden, wenn die Schulpsycholog\*innen Teil des Kollegiums werden? Zweifel scheinen angebracht.

Der fachliche Austausch zwischen den einzelnen Kolleg\*innen in der Schulpsychologie ist ein wichtiges Standbein ihrer Arbeit. Durch eine Verteilung in der Fläche würde dieser, trotz der anderslautenden Absichtserklärung der Landesregierung, erheblich erschwert.

Auf eine kleine Anfrage von mir musste auch das Kultusministerium einräumen, dass auch die organisatorischen Rahmenbedingungen alles andere als günstig für ihr Vorhaben sind.

Die Schulpsychologie verfügt aktuell landesweit über 114 Vollzeitplanstellen. Somit ist eine schulpsychologische Stelle durchschnittlich für rund 6.670 Schülerinnen und Schüler zuständig. Wie die Landesregierung diese wenigen Stellen auf die rund 2000 Schulen in Hessen aufteilen will, bleibt ihr Geheimnis. Sie scheint sich ein Zitat von Albert Einstein zu Eigen gemacht haben: Mach dir keine Sorgen wegen deiner Schwierigkeiten mit der Mathematik. Ich kann dir versichern, dass meine noch größer sind.

### **... oder die Schulgeograph\*innen.**

Erdkunde als Schulfach befindet sich seit Jahrzehnte in Hessen auf dem Rückzug. Ein Passus im Koalitionsvertrag lässt nun die Schulgeograph\*innen aufhorchen und in Aktion treten. Dabei hat Schwarzgrün eine Forderung aufgegriffen, die sowohl die GEW als auch wir als LINKE schon länger formulieren: Die Abwählbarkeit von PoWi in der Oberstufe soll abgeschafft werden, oder andersrum, PoWi soll auch in der Q3 und der Q4 verpflichtend werden. Die Begründung für diese Forderung ist der Anteil an Politik im Unterricht an hessischen Schulen. Dieser beträgt zwischen 3,5- und 5 Gesamtwochenstunden, dies hat Hessen jüngst der INSM-Bildungsmonitor 2019 bescheinigt. Zwar steht Hessen damit vergleichsweise gut dar, allerdings wird PoWi so oft wie kaum ein anderes Fach fachfremd unterrichtet. In Hessen geht es in PoWi eben auch nicht nur um politische Bildung, sondern auch um gesellschaftliche und vor allem wirtschaftliche Themen, schließlich heißt das Fach hier auch „Politik und Wirtschaft“. Wirklich um Politik geht es also selbst in der Oberstufe hessischer Schulen deutlich unterhalb der 3,5 Gesamtwochenstunden. Noch düsterer sieht es an Real-, Haupt- und Berufsschulen aus. Hier müsste die Landesregierung unbedingt aktiv werden. Damit alle Jugendlichen die Chance bekommen, sich politisch zu bilden und ihre Interessen, Rechte und Pflichten als Teil dieser Gesellschaft kennenzulernen, sind auch wir der Meinung, dass Politik auch in der Oberstufe durchgehend verpflichtend werden sollte.

Die Schulgeograph\*innen sehen darin nun eine weitere Schwächung ihres Faches. Durch eine Verpflichtung für PoWi in der Q3 und Q4 kommen auf die

Schüler\*innen rund sechs Stunden mehr Pflichtunterricht zu. Kaum jemand würde dann zusätzlich und freiwillig Erdkunde belegen. Der Ärger der Schulgeograph\*innen ist durchaus nachvollziehbar, schließlich bildet das Curriculum in Erdkunde der Oberstufe einen gesellschaftswissenschaftlichen Schwerpunkt ab – naturwissenschaftliche Themen sind nur noch marginal vertreten. Es geht um Migration, Stadtentwicklung, Rohstoffversorgung, Energiewende, Klima, Verkehr usw. All diese Themen können mit Fug und Recht als Bestandteile politischer Bildung bezeichnet werden. Gleichzeitig gibt es in Hessen ein PoWi Äquivalent dessen politischer Gehalt durchaus zweifelhaft ist: WiWi, also Wirtschaftswissenschaften. Warum also nicht Erdkunde zum Äquivalent machen und WiWi freiwillig stellen? Dies wäre in jedem Fall eher im Sinne der politischen Bildung für Schülerinnen und Schüler in Hessen.

## Das Parlament ist nicht alles:

### Globaler Klimastreik in Wiesbaden



Unter dem Motto „Streik in der Schule, Streik im Betrieb — das ist unsere Antwort auf eure Politik!“ demonstrierten bis zu 5.000 Wiesbadener für mehr Klimaschutz. Von den Jüngsten (Kita-Kindern) bis zu den Ältesten (Opas for Future) waren alle dabei! Es war eine der größten Demos, die Wiesbaden und ich je erlebt haben. Sogar Schulen, Kitagruppen und mehrere Belegschaften von Firmen haben am Streik teilgenommen oder dazu aufgerufen.

Ein Riesendankeschön an alle, die dabei waren. Insbesondere an die ehrenamtlichen Jugendlichen die sich nicht unterkriegen lassen. In den Medien und in den sozialen Netzwerken schlägt ihnen Hass entgegen. Rechte Politiker\*innen leugnen den Klimawandel, die Bundesregierung bringt 2020 ein neues Kohlekraftwerk ans Netz und schwächt ihr Klimapaket dermaßen ab, dass es keine Lenkungswirkung haben wird und zudem unsozial ist und die Schwächsten der Gesellschaft statt die Stärksten treffen wird! Und dennoch lasst ihr euch nicht unterkriegen. Ihr demonstriert immer weiter, lasst euch kreative und coole Aktionen einfallen und seid rebellisch. Das gefällt mir! Macht weiter so! Bleibt unbequem und nervig, solange bis ihr endlich erhört werdet. Es ist EURE Zukunft für die ihr kämpft!

Aus diesem Grund müssen unsere Streiks weitergehen! Viele dachten, Fridays for Future hätte seinen Zenit bereits erreicht, doch sie haben gerade erst angefangen. Der nächste globale Klimastreik ist für den 29. November geplant. Fridays For Future ruft erneut alle Generationen dazu auf mit dabei zu sein: „Wir haben keine Wahl, als eine konsequente Klimapolitik durch unsere Aktionen zu erzwingen – und zusammen können wir das schaffen!“. Ich werde dabei sein – und du?

---

## DGB empfiehlt: Mietpreisbremse auch für Wiesbaden!



Im Bild v.l.n.r.: Brigitte Forßbohm, Ingo von Seemen (beide Linke&Piraten Rathausfraktion) und Elisabeth Kula

Ein wirkungsvolles Statement gegen die Wohnungsnot ist dem Deutschen Gewerkschaftsbund sowie der Initiative "Gemeinwohl hat Vorfahrt" am 17. September in der Bahnhofstraße gelungen.

Für eine effektive Mietpreisbremse bei GWW und GeWeGe protestierten im Vorfeld der Aufsichtsratssitzungen im Haus der Wohnungswirtschaft die dreißig Menschen. Sascha Schmidt, Gewerkschaftssekretär in Wiesbaden, verwies darauf, dass die Bewohnerinnen und Bewohner von rund 13.000 Wohnungen der GWW und GeWeGE von der alle zwei Jahre stattfindenden Erhöhungen der Mieten betroffen sind. "Hier brauchen wir dringend die Mietpreisbremse – mittels der die Mietsteigerungen auf maximal ein Prozent pro Jahr begrenzt werden - und dies möglichst ausgedehnt auf 10 Jahre! Was in Frankfurt möglich ist – muss auch in Wiesbaden möglich sein", so Schmidt.

Eine Initiative, die an den Schnittstellen der Sozialen Frage im 21. Jahrhundert anknüpft und die wir Linken daher gerne unterstützen.

Die Erklärung des Bündnisses zur Wiesbadener Wohnraumproblematik findet sich [hier](#).

---

## Jugend stärken und Demokratie fördern!





Das Jugendparlament in Wiesbaden (JuPa) feiert dieses Jahr sein zehnjähriges Jubiläum. Die Jugend sieht Dinge oftmals mit einem anderen Blick als die etablierte (Kommunal-)Politik. In den letzten zehn Jahren haben Jugendliche über das Jugendparlament erfahren können, dass Politik kein entferntes Spektakel ist, sondern dass es Möglichkeiten der Einmischung und der Veränderung gibt – aber auch, dass viele Dinge nur zusammen erreicht werden können. Die Wirkung des Engagements zeigt sich in der Vielzahl ihrer Erfolge. Es wird deutlich, dass sie die Expert\*innen sind, wenn es um Jugendpolitik geht.

Deshalb habe ich zusammen mit meinem Genossen aus der linken Rathausfraktion, Ingo von Seemen, am 17.09. Vertreter\*innen des Jugendparlaments Wiesbaden empfangen. Gemeinsam haben wir auf das Jubiläum angestoßen und sind ins Gespräch gekommen. Sie haben mir von ihren bisherigen Erfolgen, wie etwa dem neuen Nightliner, ihrem Beitrag zum Nachtleben und der Forderung des Nachbürgermeisters, erzählt und gemeinsam haben wir über weitere Projekte gesprochen. Eines dieser Projekte soll eine Geschäftsstelle für das JuPa werden. Wie der Ausländer-, Senioren- und der Kulturbeirat ist das Jugendparlament ein direktgewähltes beratendes Gremium, das die Interessen der Wiesbadener Jugendlichen gegenüber der Stadtverordnetenversammlung und deren Ausschüssen, dem Magistrat und den Ortsbeiräten vertritt. Obwohl sie einander formal gleichgestellt sind, fehlt es den Jugendlichen aber an der Infrastruktur: sie haben keine eigene Geschäftsstelle, sondern werden vom Amt der Stadtverordnetenversammlung und dem Stadtjugendring Wiesbaden e.V. (SJR) betreut. Dabei bedarf ehrenamtliches Engagement dringend der Unterstützung von Hauptamtlichen. Diese können sich gegenseitig unterstützen, ergänzen und bereichern. Hier ist an prominenter Stelle die Ressource Zeit zu nennen, die auf ehrenamtlicher Seite in aller Regel knapp und auf hauptamtlicher Seite oft, aber keineswegs immer, reichlich vorhanden ist. Dabei möchte ich den Ehrenamtlichen keine Kompetenz absprechen, aber so sind doch Professionalität und Kontinuität eine essentielle Qualität der hauptamtlichen Seite.

Daher unterstützen wir das JuPa bei ihrer Forderung nach echter Gleichstellung!

## Erstes Treffen mit dem Landeselternbeirat



Am 19. September habe ich mich mit dem Korhan Ekinci, dem Vorsitzenden des hessischen Landeselternbeirates, getroffen. Der LEB ist das demokratisch gewählte Gremium der Mitbestimmung aller Eltern in Hessen und direkter Ansprechpartner des Hessischen Kultusministeriums. Schwerpunkte in unserem Gespräch waren der bauliche Zustand hessischer Schulen und das Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) sowie die Fachoberschulverordnung (FOSVO) und die Oberstufen-Abitur Verordnung (OAVO).

Das KIP-Programm geht in die richtige Richtung, reicht aber bei weitem nicht aus, den Investitionsstau aufzulösen. Noch immer wird weniger investiert, als nötig wäre, um nur die Substanz zu erhalten. Hessen muss ein eigenes Investitionsprogramm auflegen und auch weitere Bundesmittel einfordern. Schulsanierungen können nicht bei den kommunalen Schulträgern hängen bleiben, denn ihnen fehlt es an ausreichender finanzieller Ausstattung. Schon die Realisierung der KIP-Mittel scheidet nicht selten daran, dass in den Kommunen Stellen bei den Bauämtern fehlen. Hier ist das Land in der Pflicht und kann das bei richtiger Schwerpunktsetzung auch aus den sprudelnden Steuereinnahmen leisten. Außerdem sind Investitionen in öffentliche Bauten lohnenswerte Konjunkturspritzen. Leider weiß die Landesregierung aber nicht einmal wie hoch der hessische Investitionsstau überhaupt ist. Allein in Wiesbaden weist das „Bündnis Schulsanierung“ auf fehlende Mittel in Höhe von etwa 40 Millionen Euro hin, um Schulen in einen vernünftigen Zustand zu versetzen. Dass Armin Schwarz, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, während der letzten Plenarwoche noch behauptete in Hessen gebe es keine einzige marode Schule, motivierte sowohl Elternbeirat als auch uns, der Landesregierung im nächsten Jahr ein paar der dutzenden maroden Schulgebäude aufzuzeigen.

Einig sind sich der Landeselternbeirat und wir auch bei der Beurteilung der

neuen FOSVO und OAVO. Mit der neuen OAVO soll das Abitur erschwert und der Fokus auf MINT-Fächer verstärkt werden. Das finden wir falsch. Den Schüler\*innen sollten mehr Freiheiten gegeben werden, besonders bei der Wahl der Fächerkombination sollen die Wahlmöglichkeiten erweitert werden. Die zunehmende Verengung schulischer Bildung auf sogenannte MINT-Fächer, stellt ein weiteres Problem dar. Hierzu hat der LEB bereits 2013 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der bis heute nicht bearbeitet wurde. Die zunehmende Fokussierung auf sogenannte MINT-Fächer, stellt ein weiteres Problem dar. Um es mit Lichtenberg zu sagen: Wer nichts als Chemie versteht, versteht auch die nicht recht. Eine umfassende schulische Bildung ist der Garant für die Mündigkeit demokratischer Bürgerinnen und Bürger. Nur weil aus der Industrie vermehrt Rufe nach mehr Naturwissenschaften und Mathematik aufkommen, darf man diese Fächer nicht gegen geistes- oder sprachwissenschaftliche Fächer ausspielen, auch da sind sich Korhan Ekinci und ich einig.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit!

## Gastbeiträge

### Die Mitarbeiter\*innen der WJW endlich nach Tarif bezahlen!



Von der finanz- und wirtschaftspolitischen Sprecherin der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Mechthilde Coigné

Ich kämpfe weiterhin an der Seite der Beschäftigten und fordere umgehend eine tarifliche Entlohnung der engagierten Belegschaft der WJW sowie eine faire Anpassung der Auszubildendenvergütung!

#### **Forderung nach einer Bezahlung nach Tarif**

Unsere Fraktion unterstützt als einzige Fraktion mit Nachdruck die Mitarbeiter\*innen mit der berechtigten Forderung einer Bezahlung nach Tarif. Es ist wirklich skandalös, dass es nicht selbstverständlich in dieser Stadt ist, dass sich alle Fraktionen konsequent für eine faire Entlohnung einsetzen.

Angesichts der anhaltend ausgesprochen guten Haushaltslage mit einem absehbar neuen Rekord bei den Rücklagen ist dies finanziell auch kein Problem.

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom September 2018, die Mitarbeiter\*innen der WJW endlich nach Tarif zu bezahlen, ist noch immer nicht umgesetzt: Auf unsere Initiative hin wurde der Antrag zur „Anhebung der Vergütung der WJW auf die im TVöD festgelegte Vergütung“ im Juni 2018 im Ausschuss beschlossen und in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause am 27. Juni 2019 forderten wir erneut, dass der Magistrat umgehend dafür Sorge trage möge, dass die Beschäftigten bei der WJW für ihre Tätigkeit analog dem TVöD entlohnt werden.

Die WJW braucht zur Neustrukturierung Geld aus dem städtischen Haushalt, dazu gehört auch Geld zur leistungsgerechten Bezahlung der Beschäftigten. An der Schiefelage der städtischen WJW sind nicht die dort Beschäftigten schuld, sondern die Misswirtschaft der etablierten Unternehmensführungen in der Vergangenheit. Es ist nicht hinzunehmen, die Hoffnungen der Belegschaft erneut zu zerschlagen und diese weiterhin hinzuhalten. Es ist auch nicht redlich, alleine den langjährigen Geschäftsführer für die Fehler verantwortlich zu erklären. Jahrelang haben CDU, SPD, GRÜNE und FDP in den Aufsichtsgremien diese geduldet.

Das WJW-Aufsichtsratsmitglied Ingo von Seemen, sozialpolitischer Sprecher der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion, zeigt sich fassungslos über die Stadtpolitik: „Es ist wirklich eine Frage der Glaubwürdigkeit. Es kann doch nicht sein, dass Beschlüsse einfach nicht umgesetzt werden! So behandelt man seine Mitarbeiter\*innen nicht! Sie sind immerhin ‚das größte Kapital‘ der WJW!“

### **Ausbildungsvergütungen müssen endlich deutlich über den Mindestsatz angehoben werden**

Auch die Arbeit der Auszubildenden trägt zur Wertschöpfung in der WJW bei. Eine Anpassung auch ihrer Vergütungen ist ebenfalls überfällig. Für die Neustrukturierung der WJW wird die Mitarbeit aller motivierten und qualifizierten Betriebsangehörigen benötigt. Sie dürfen nicht durch die Rathausmehrheit vergrault werden.

---

Du hast was zu sagen?



Du möchtest auch einen Gastbeitrag schreiben? Kein Problem! Schick Deinen Entwurf an [e.kula2@ltg.hessen.de](mailto:e.kula2@ltg.hessen.de) und gib im Betreff "Gastbeitrag für Newsletter" an. Wir werden deinen Beitrag prüfen und vielleicht schon im nächsten Newsletter veröffentlichen.

Du willst einfach nur Deine Meinung loswerden? Auch kein Problem! Schick uns Deinen Leserbrief an

Wir freuen uns auf Eure Beiträge!



*Impressum:  
Elisabeth Kula (Mdl.)  
Büdingenstr. 8  
65183 Wiesbaden  
[Newsletter abbestellen](#)*